

WIR SIND DIE ZUKUNFT



Newsletter Nr. 02/2024 „Wir sind die Zukunft“
für die Aktiven in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit
www.wir-sind-die-zukunft.net

INHALT

- **Infos aus dem KJHA vom 06.02.2024**
- **12. KJR-Hallenfußballcup**
- **KiKS feiert 18. Geburtstag**
- **Ausstellung: Zukunftsfähige Quartiere**
- **18. Münchner Bücherschau Junior**
- **Finanzielle Unterstützung durch das Deutsche Kinderhilfswerk**
- **Kinderfotopreis 2024: „(M)ein Wohlfühlort“**
- **Wettbewerb zur Münchner Stadtentwicklung**
- **Veranstaltungstipps**
- **Die nächste Ausgabe**
- **Impressum und Datenschutz**

INFOS AUS DEM KJHA VOM 06.02.2024

Sitzung Bildungsausschuss gemeinsam mit dem Kinder- und Jugendhilfeausschuss

TOP 1 – INVESTITIONSKOSTENFÖRDERUNG BEIM BAU NICHTSTÄDTISCHER KINDERTAGESEINRICHTUNGEN, Kindertageseinrichtungen sonstiger Träger, Haus für Kinder an der Balanstraße 138 im 16. Stadtbezirk, Leistung eines Baukostenzuschusses
ohne Aufruf einstimmig angenommen

TOP 2 – NEUGESTALTUNG DER FREIWILLIGEN FÖRDERUNG der Landeshauptstadt München für Kindertageseinrichtungen freigemeinnütziger und sonstiger Träger

Verena Dietl (Bürgermeisterin) wies zunächst darauf hin, dass die Landeshauptstadt mit insgesamt 170 Mio. Euro die Kinderbetreuung in der Stadt freiwillig fördere. In den meisten anderen Großstadtkommunen müssten diese Kosten von den Eltern getragen werden. In Bayern würden 60 Prozent der Betreuungskosten durch den Staat gedeckt – für die restlichen 40 Prozent komme die Stadt auf – bislang über die Münchner Förderformel (MFF). Der Anspruch der Stadt bleibe es zudem weiter, dass die Beiträge für Kinderkrippen möglichst geringgehalten werden – Kitas sollen weiterhin kostenfrei bleiben. Das wäre künftig nur durch das neue Defizitausgleichsverfahren zu realisieren, über das der KJHA abstimmen soll. Damit werden Bildungsgerechtigkeit hergestellt und die Eltern entlastet. Sie richtete ihren Dank für die umfassende Vorlage an das RBS.

StR Sebastian Weisenburger (Die Grünen/Rosa Liste) blickte auf zwei Jahre intensiver Arbeit am neuen Fördermechanismus zurück und bedankte sich ebenfalls beim RBS und der Trägerlandschaft. Er zeigte sich zufrieden, dass man in intensiven Diskussionen mit allen Beteiligten mit dem Defizitausgleichsverfahren ein tragfähiges Modell gefunden habe. Mit dem München-Pass und der wirtschaftlichen Jugendhilfe stünden darüber hinaus zwei weitere Instrumente zur Verfügung, die dafür sorgen würden, dass alle Familien die finanzielle Unterstützung bekommen, die sie brauchen. Die Qualität der frühkindlichen Bildung in Krippe und Kita werde mit diesem System weiter zunehmen.

StRin Julia Schönfelder-Knor (SPD/Volt) bestätigte, dass mit dem Defizitausgleichsverfahren nun zwar noch ein steiniger, aber doch gangbarer Weg vor der Stadt liegen würde. Dem Ziel, dass frühkindliche Bildung kostenfrei oder mit nur sehr geringen Gebühren verbunden ist, bleibe man treu. Das Defizitausgleichsverfahren sei zudem ein atmendes System, das im Laufe der Zeit angepasst werden könne.

StRin Beatrix Burkhardt (CSU/Freie Wähler) bezeichnete den heutigen Tag als eher schwierig. Ihre Fraktion habe nachvollziehbare Bedenken, dass auch das Defizitausgleichsverfahren nicht rechtskonform sei. Aus der Korrespondenz mit der Regierung von Oberbayern lasse sich keinesfalls eine uneingeschränkte Unterstützung des neuen Verfahrens ableiten. Ihre Fraktion könne der Vorlage deshalb nicht zustimmen, denn auch die wirtschaftliche Jugendhilfe werde an Grenzen stoßen. Derzeit gebe die Stadt ca. 10 Mio. EUR dafür aus. Wenn nun weitere freiwohlorientierte Träger aus dem städtischen Fördersystem austeigen, werde sich diese weiter erhöhen.

Dr. Manuela Sauer (Paritätischer) dankte als Federführung der Wohlfahrtsverbände zunächst dem Referat für die frühzeitige Zuleitung der Beschlussvorlage – stellte jedoch fest, dass aus Sicht der Spitzen der Wohlfahrtsverbände bzw. der frei-gemeinwohlorientierten Träger die Vorlage kein Gemeinschaftswerk geworden sei. Aus diesem Grund würden die frei-gemeinwohlorientierten Träger eine große Zahl an Änderungsanträgen vorlegen:

Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit bleiben Ziel; die Chancen eines Kindes dürfen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Die soziale Schere wird sich jedoch künftig an einer anderen Stelle auf tun, nämlich bei den Kosten für die Verpflegung. Während das Referat sich im Dezember hier im Ausschuss eine auskömmliche Finanzierung der Frisch-Misch-Küche für den stadt-eigenen Anbieter hat beschließen lassen, werden in der vorgelegten Richtlinie die freien Kitas bei dem Thema komplett im Regen stehen gelassen. Keinen Cent sieht die Richtlinie als Zuschuss im Bereich Verpflegung und Hauswirtschaft vor. Wenn Chancengleichheit für alle gelten soll, dann kann es nicht sein, dass Eltern für dieselbe Verpflegung in einer städtischen Kita rund 100 Euro im Monat bezahlen und Eltern bei einem freien Träger 250 bis 300 Euro. Deswegen wurde Änderungsantrag 7 eingebracht.

Die MFF hat mit ihrem Standortfaktor zu mehr Bildungsgerechtigkeit beigetragen. Nun soll in der neuen Richtlinie der Anstellungsschlüssel bei einer geringen Auslastung deutlich gesenkt werden. Teilweise unter den bayernweiten Durchschnitt. In der Konsequenz hieße dies, dass in Zeiten des Fachkräftemangels ein Träger plötzlich Personal entlassen müsste, und das verbleibende Personal stärker belastet wird. Deswegen wird Antrag 5 gestellt.

Für die Finanzierung des Personals hat die neue Richtlinie eine gute Lösung gefunden, die allerdings an einer Stelle nachgebessert werden müsse: Mit dem „Topf“, der Einrichtungen für sein gesamtes Personal zur Verfügung steht, würden diejenigen Einrichtungen benachteiligt, denen es gelingt, ihr Personal über einen langen Zeitraum zu binden. Dieses Personal ist einfach teurer als der gebildete Durchschnitt und diese Mehrkosten würden beim Träger hängenbleiben. Damit dies nicht passiert und diese Einzelfälle auch über die Richtlinie abgedeckt werden, wurde Änderungsantrag 2 vorgelegt.

Neben dem Personal gibt es eine Reihe anderer Kostenfaktoren, die in jeder Kita anfallen. In der Richtlinie sollen diese über die Verwaltungskostenpauschale gefördert werden. Eine Pauschale ist grundsätzlich gut, weil sie unbürokratisches Handeln erlaubt. Diese Pauschale muss dann aber auch eine echte Pauschale sein; eine Plausibilisierung alle zwei Jahre ist eine Spitzabrechnung mit all den damit zusammenhängenden Verwaltungsverfahren.

Im Laufe der Gespräche wurde das RBS auf die Kosten hingewiesen, die bei einem freien Träger anfallen. Das RBS hat diese Posten in die Verwaltungskosten integriert, ohne gleichzeitig die Höhe der Pauschale anzupassen. Deswegen muss diese Pauschale entschlackt werden – beispielsweise durch die Herausnahme der IT-Kosten. Hierzu liegt Antrag 8 vor.

Eine Verwaltungsvereinfachung im Bereich der Sachausgaben ist die Pauschalierung der Förderung. Die Freien beantragen keine Erhöhung, halten es aber für geboten, einzelne Posten innerhalb der Pauschale zu verschieben, was zur Profilstärkung der Träger beiträgt. Siehe dazu auch Antrag 6.

München ist eine teure Stadt, besonders bei den Mieten. Deswegen ist es positiv, dass das RBS auf die Stadtviertel bezogen Mietobergrenzen ansetzt. Die Kitas, die bereits Räume gemietet haben, die oberhalb der Mietobergrenze liegen, werden in München nicht ohne Weiteres neue Räumlichkeiten finden, die unterhalb der Obergrenze liegen. Deswegen ist es wichtig, dass alle Mietverträge, die bis 31.12.2023 geschlossen wurden, ohne Gutachten anerkannt werden. Darüber hinaus soll bei Räumlichkeiten bei städtischen Tochtergesellschaften von Gutachten abgesehen werden. Daher Antrag 4.

Mit dem Thema Miete befasst sich auch Antrag 3. Mieten verbundener Unternehmen werden nicht anerkannt, obwohl sie in der Realität anfallen. Das sind echte Kosten. Es kann nicht sein, dass ein Träger, wenn er bei seiner Mutterorganisation Räume mietet, diese Kosten nicht erstattet bekommt, wenn er sich aber bei einem anderen Verband einmietet, dann schon. Hier gibt es eine reale Benachteiligung verbundener Unternehmen.

Schließlich: Eine Richtlinie ist nur so gut, wie sich alle mit ihr identifizieren können. Dazu braucht es echte gemeinsame Abstimmung gemeinsam von Stadträt*innen, Referat und freier Seite. Bei der MFF ist das sehr gut gelungen, wir setzen darauf, dass dies wieder gelingen kann. Deswegen Antrag 1.

StRin Gabriele Neff (FDP/Bayernpartei) zeigte sich ebenfalls enttäuscht über der Vorlage. Die freien-gewerblichen Träger handelten in Gewinnabsicht – die Plätze, die diese Träger zur Verfügung stellen, seien dringend erforderlich, weil die städtischen und frei-gemeinwohlorientierten nicht ausreichten. Sie beklagte zudem, dass auch die freien-privatwirtschaftlichen Träger nicht vom Referat gehört wurden und befürchtete ebenfalls, dass das Defizitausgleichsverfahren nicht auf rechtssicheren Füßen stehe. Sie forderte, dass bis zur endgültigen Abstimmung in der Vollversammlung am 28. Februar alle Beteiligten gemeinsam eine Lösung finden müssten. Daraufhin wies Verena Dietl (Bürgermeisterin) darauf hin, dass sehr wohl Gespräche mit allen Trägern stattgefunden hätten.

Für StRin Alexandra Gaßmann (CSU/Freie Wähler) war dieser Tag ebenfalls kein Erfolg für die Familien in München. Sie übergab eine Unterschriftenliste von Eltern an Verena Dietl. Die unterzeichnenden Familien hätten Sorge, dass sie sich bald die Plätze für eine Kinderbetreuung nicht mehr leisten könnten. Einzelne freie-private Träger hätten bereits Familien angeschrieben und angekündigt, dass ohne ein Fördersystem die Preise für einen Betreuungsplatz auf bis zu 1.300 Euro monatlich steigen könnten. Die wirtschaftliche Jugendhilfe können das nicht auffangen. Im Ergebnis wären wieder mehr Mütter gezwungen, ihre Berufstätigkeit aufzugeben, um ihre Kinder selbst zu betreuen. Der München-Pass sei zwar eine wirkungsvolle und schnelle Option zur Hilfe; es sei aber nicht absehbar, ob diese Vorteile auch nach Einführung des Defizitausgleichsverfahrens noch wirken würden. Ihre Fraktion könne deshalb der Vorlage nicht zustimmen.

StR Thomas Lechner (Die Linke/Die Partei) warnte davor, dieses Thema für parteipolitische Interessen zu missbrauchen und zum Wahlkampfthema zu machen. Er wolle Punkt für Punkt der Änderungs- bzw. Ergänzungsanträge behandeln, um eine Annäherung der Positionen zu erreichen – im Sinne der Kinder und der Familien. Gleichzeitig regte er an, die Eltern darüber zu informieren, welche sonstigen Unterstützungsmöglichkeiten die Landeshauptstadt biete.

StRin Lena Odell (SPD/Volt) verwies noch einmal auf die Verantwortung des Freistaats, der es in der Hand hätte, die gesetzlichen Regelungen für ein ähnliches Modell wie die bisherige MFF zu schaffen. Man müsse den Menschen klarmachen, dass es keine Schande sei, Hilfen aus dem Bereich München-Pass oder der wirtschaftlichen Jugendhilfe in Anspruch zu nehmen. Sie wies auf die Änderungsanträge ihrer Fraktion hin, die sich an die Anträge der Trägerlandschaft anschließen. Zu deren Antrag 5 (auskömmlich finanzierter Anstellungsschlüssel, Anstellungsschlüssel unabhängig von der Auslastung der Einrichtung) und zu Antrag 6 (Anerkennung einrichtungsbezogener Sachkosten in tatsächlicher Höhe – Pauschalierung) habe ihre Fraktion eigene Anträge vorgelegt. Die Anträge der freien Trägerlandschaft 8 (zentrale und einrichtungsbezogene Verwaltungskosten werden mit einer Pauschale von max. 15,8 Prozent des zweifachen kommunalen Anteils der gesetzlichen Betriebskostenförderung anerkannt und damit abgegolten) sowie 9 (Nicht-Berücksichtigung von Verpflegungsentgelten und anfallender Betriebskostenbeitrag der Eltern als Einnahmen) könne die Fraktion nicht mittragen.

StR Sebastian Weisenburger (Die Grünen/Rosa Liste) betonte auch, dass mit diesem Thema keine Parteipolitik gemacht werden dürfe und erklärte, dass seine Fraktion sich aber gegen die Änderungsanträge aussprechen müsse, weil sonst die Gefahr bestünde, dass die geplanten 170 Mio. Euro verloren gehen würden, wenn es kein neues Fördersystem gäbe.

Daraufhin erklärte StRin Beatrix Burkhardt (CSU/Freie Wähler), dass ihre Fraktion in Gesprächen mit dem Landtag und dem Sozialministerium versucht hätte, eine neue gesetzliche Rahmenregelung zu finden – leider erfolglos. Die Fraktion wolle nun eine rechtssichere Lösung für die Eltern finden. Sie wertete die zahlreichen Änderungs- und Ergänzungsanträge der Arge der Freien als Zeichen dafür, dass die Beschlussvorlage viele Fragen unbeantwortet lasse.

Dr. Manuela Sauer (Paritätischer/Federführung) bedankte sich zunächst noch einmal bei den Fraktionen SPD/Volt und Die Grünen/Rosa Liste für deren eigene Änderungsanträge. Nach Beratungen mit den Kolleg*innen der Arge Freie würde man einen Kompromissvorschlag unterbreiten. Demnach würden die Anträge 1 (Bildung einer regelmäßig tagenden Begleitgruppe zum neuen Defizitausgleichssystem unter Beteiligung der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege, der Fach-Arge Kindertagesbetreuung und der Fraktionen aus dem Kinder- und Jugendhilfeausschuss), 2 (Anerkennung erhöhter Personalkosten im Einzelfall), 4 (höhere Kaltmieten für Mietverträge, die nach dem 31.08.2024 geschlossen werden, müssen durch ein Gutachten nachgewiesen werden; für Mietverträge in Räumen städtischer Tochtergesellschaften müssen keine Gutachten erbracht werden, sie gelten als genehmigt) und 8 (siehe oben) aufrechterhalten.

Der Antrag 3 (Mietverträge zwischen verbundenen Unternehmen: bei unverhältnismäßigem finanziellem Nachteil für Einrichtungen soll der Mietvertrag vom RBS anerkannt werden) könnte zurückgezogen werden, wenn im Antrag der Fraktionen SPD/Volt/Die Grünen/Rosa Liste (Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 11363) ergänzt wird, dass das Ergebnis des Prüfauftrags dem Stadtrat bis zum 31.07.2024 vorgelegt wird.

Die Anträge 5 und 6 (siehe oben) würden die Arge der Freien ebenfalls zurückziehen.

Der Antrag 7 (Auftrag an das RBS, gemeinsam mit den Spitzenverbänden der freien Wohlfahrt und den Trägern bis zur KJHA-Sitzung am 30.04. eine Finanzierung für die Kosten für Verpflegung und Hauswirtschaft zu erarbeiten und vorzulegen) soll dahingehend abgeändert werden, dass der letzte Satz auf Seite 2 unter „12 neu“ ersatzlos gestrichen wird.

Andrea Betz (Diakonie) fügte zum Antrag 7 hinzu, dass man eine Berechnung der Kosten für hauswirtschaftliches Personal und Essensversorgung pro belegtem Platz und nicht pro Kind erstellen soll. Es sind Fälle realistisch, in den Kinder krankgemeldet werden – die Kosten für Personal und Verpflegung seien aber in jedem Fall bereits entstanden.

Michaela Fischer (Caritas) bedankte sich für die konstruktive Diskussion der Anträge. Sie unterstrich noch einmal, dass es unverständlich sei, dass die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege einem anderen Berechnungsmodus für einrichtungsbezogene Verwaltungskosten unterlägen und maximal 12,5 Prozent der Kosten ansetzen könnten. Auch große Leistungsträger hätten einen hohen Verwaltungsaufwand, der nicht durch vermutete Synergieeffekte innerhalb des Trägers kompensiert werden könnten. Insofern sei im Antrag 8 der Arge der Freien auch auf den regulären Fördersatz von 15,8 Prozent verwiesen. Dem stimmte auch Julia Sterzer (AWO) zu und ergänzte, dass mit der in der Beschlussvorlage vorgesehenen Lösung auch bei den großen Trägern ca. 10 Prozent der Verwaltungskosten nicht gedeckt wären.

StRin Alexandra Gaßmann (CSU/Freie Wähler) bestätigte, dass sie wahrnehme, dass man sich in der Diskussion aufeinander zu bewegen würde – bekräftigte jedoch, dass ihre Fraktion die Anträge der Freien ablehnen würde.

Dr. Manuela Sauer (Paritätischer) ergänzte, dass das RBS eine umfangreiche Liste nicht-förderfähiger Kosten erstellt habe. Diese Kosten würden aber real anfallen und würden bei städtischen Trägern auch aus städtischen Mitteln beglichen. Dass diese Kosten bei den freien Trägern nicht anerkannt werden, bezeichnete sie als nicht zu begründende Ungleichbehandlung. Nachdem die Regierung von Oberbayern dies grundsätzlich ermöglichen würde, sähen sich die freien Träger deshalb unter Umständen gezwungen, eine Betriebskostenumlage in Höhe von bis zu 15 Prozent der Betreuungsgebühr bei den Eltern zu erheben. Im Übrigen mahnte sie im Sinne einer Verwaltungsvereinfachung an, die Verwaltungskosten nicht spitz abzurechnen, sondern eine Pauschalabrechnung zu ermöglichen.

Florian Kraus (Stadtschulrat) bestätigte, dass die Beschlussvorlage in Abstimmung mit der Regierung von Oberbayern und als solche als rechtskonform erstellt wurde. Das schließe jedoch nicht aus, dass Gerichte im Falle einer Klage andere Entscheidungen treffen würden. Davor sei man jedoch nie sicher. Er merkte zudem an, dass der KJHA in seiner heutigen Sitzung über die Vorlage entscheiden müsse, denn die technische Umsetzung des neuen Förderverfahrens müsse spätestens am 1. März eingeleitet werden. Die Vollversammlung müsse also am 28. Februar eine Entscheidung treffen. Im Übrigen wies er auf die Gefahr der Überförderung der freien Träger hin. Im Falle von Pauschalen bestehe diese Gefahr real. Man habe sich mit dem Fördersatz von 12,8 Prozent an städtischen Trägern orientiert und sei überzeugt, dass damit eine auskömmliche Förderung möglich ist.

Peter Scheifele (Stadtdirektor, RBS) bestätigte zunächst, dass man dem Änderungsantrag der freien Träger folgen könne und bei der Förderung des hauswirtschaftlichen Personals bzw. der Essensversorgung nun pro belegtem Platz rechnen werde. Gleichzeitig bekräftigte er die Aussage von Stadtschulrat Kraus und dessen Befürchtung einer Überförderung.

Daran anschließend ergriff Dr. Manuela Sauer (Paritätischer/Federführung) noch einmal das Wort. Sie dankte für das konstruktive Ringen um Kompromisse im KJHA. Sie bot ein Entgegenkommen der Freien bei Antrag 8 an und erklärte, dass man nur noch den Hinweis auf die angeblichen Synergieeffekte für große Träger und die Begründung, dass man deshalb eine niedrigere Förderquote ansetzen könne, streichen wolle. Im Rahmen der Plausibilisierung alle zwei Jahre würden ohnehin die realen Kosten ermittelt. Dem schloss sich auch Andrea Betz (Diakonie) an und unterstrich, dass eine auskömmliche Förderung mit nur 12,8 Prozent nicht möglich sei.

Dorothee Schiwy (Sozialreferentin) berichtete, dass ihr Haus eine zentrale Anlaufstelle für alle Hilfen für Eltern einrichten wolle.

Julia Sterzer (AWO) bekräftigte erneut die Notwendigkeit, die Förderquote für Verwaltungskosten auf 15,8 Prozent für alle Träger anzupassen. In der Vorlage hieße es ohnehin: „bis zu 15,8 Prozent“. In der Plausibilitätserklärung würde dann der exakte Wert ermittelt. Damit sei eine Überförderung ausgeschlossen.

Nach einer Lesepause für die vorliegenden Änderungs- und Ergänzungsanträge bestätigte StRin Lena Odell (SPD/Volt), dass ihre Fraktion den Antrag 7 nicht mittragen könne; ebenso Antrag 8. In der Frage der Berücksichtigung von Abschreibungen und Zinsen bei der Förderhöhe könne man dem Antrag folgen.

Dr. Manuela Sauer (Paritätischer) fasste zusammen, dass die Arge der Freien nun ihre Anträge 3, 5 und 6 zurückziehen würden. Bei Antrag 8 bleibe es bei der Forderung nach Streichung der Klammer und der Aufrechterhaltung der Plausibilisierung.

*Abstimmung Änderungsantrag FDP (A 04607): in beiden Ausschüssen mehrheitlich abgelehnt
Änderungsantrag SPD/Volt und Die Grünen/Rosa Liste (A 04608) – Personalschlüssel: Bildungsausschuss: mehrheitlich angenommen; KJHA: mehrheitlich angenommen*

Änderungsantrag SPD/Volt und Die Grünen/Rosa Liste (A 04609) – Sachausgaben: Bildungsausschuss: mehrheitlich angenommen; KJHA: mehrheitlich angenommen

Änderungsantrag SPD/Volt und Die Grünen/Rosa Liste (A 04611) – Zinsen/Abschreibungen: Bildungsausschuss: mehrheitlich angenommen; KJHA: mehrheitlich angenommen

Änderungsantrag SPD/Volt und Die Grünen/Rosa Liste (A 04610) – hauswirtschaftliche Kosten: Bildungsausschuss: mehrheitlich angenommen; KJHA: mehrheitlich abgelehnt

Änderungsantrag Freie (1 und 2): Bildungsausschuss: mehrheitlich angenommen; KJHA: mehrheitlich angenommen

Änderungsantrag Freie (3, 5 und 6): Anträge zurückgezogen

Änderungsantrag Freie (4): Bildungsausschuss: mehrheitlich angenommen; KJHA: mehrheitlich angenommen

Änderungsantrag Freie (7 und 8): Bildungsausschuss: mehrheitlich abgelehnt; KJHA: mehrheitlich angenommen

Änderungsantrag Freie (9) – nicht-öffentliche Sitzung: Bildungsausschuss: mehrheitlich abgelehnt; KJHA: mehrheitlich angenommen

Gesamtantrag: Bildungsausschuss: mehrheitlich angenommen; KJHA: mehrheitlich angenommen

Gesamtantrag: einstimmig angenommen

Erklärung zur Abstimmung

StRin Alexandra Gaßmann (CSU/Freie Wähler) gab zu Protokoll, dass im Abstimmungsverhalten ihrer Fraktion keine Blockadehaltung zu sehen ist. Verena Dietl (Bürgermeisterin) zeigte sich erleichtert, dass die Vorlage mit den Änderungen nun so beschlossen worden sei und damit ein Zeichen an die Familien gesendet wurde, dass sich diese auf die Stadt verlassen können. Sie zeigte darüber hinaus Unverständnis für die Blockadehaltung der Staatsregierung, die den Weg zu einer schnelleren Lösung hätte ebnen können. Sie betonte, dass die Landeshauptstadt München an ihrer Überzeugung festhalte, dass die Einrichtungen für Kinder Bildungsorte seien, zu denen alle gleichberechtigten Zugang haben müssen.

Sitzung Kinder- und Jugendhilfeausschuss gemeinsam mit dem Sozialausschuss

TOP 1 –ZUGÄNGE UND EINGANGSBEREICHE der Sozialbürgerhäuser weiter verbessern

StR Christian Köning (SPD/Volt) erläuterte, dass seine Fraktion am Umbau der Sozialverwaltung mit dem Ziel mitwirken wird, die Einrichtungen der Sozialverwaltung als Partner für Menschen zu etablieren, die in Notlagen geraten sind. Dazu sollen insbesondere die Sozialbürgerhäuser ausgebaut werden. Idealerweise sollen dort die Menschen alle Informationen, Dienstleistungen und Hilfsangebote aus einer Hand bekommen. Die Dezentralität dieser Häuser schafft zudem mehr Bürgernähe. Konkret sollen zunächst die Eingangsbereiche der Sozialbürgerhäuser umgestaltet werden, damit dort eine Willkommenskultur sichtbar wird. Denkbar sind Kinderspielbereiche und eine weniger sichtbare Präsenz der Sicherheitsdienste. Hinzu sollen Sprechstunden der gesamten Sozialverwaltung vor Ort kommen bzw. die Präsenz der Sozialverwaltung bei öffentlichen Veranstaltungen in den Quartieren.

StR Thomas Lechner (Die Linke/Die Partei) bekräftigte diese Forderung nach einem Modell der Sozialbürgerhäuser als zentrale Anlaufstelle. Er befürchtete jedoch, dass es mittelfristig nicht gelingen wird, tatsächlich alle Informations-/Antragsstellen in die Sozialbürgerhäuser zu integrieren. Seiner Vorstellung nach könnten die Sozialbürgerhäuser die Anliegen der Bürger*innen zentral entgegennehmen und im Hintergrund die Anliegen bearbeiten.

StRin Clara Nitsche (Die Grünen/Rosa Liste) dankte dem Referat für die Vorlage. Sie regte an, dass in den Sozialbürgerhäusern auch Cafés eingerichtet werden könnten, um die Aufenthaltsqualität sichtbar zu machen. Die Sozialbürgerhäuser müssten eine Orientierungsfunktion im Sozialraum der Quartiere bekommen. Die Idee von Außensprechstunden – zum Beispiel in Stadtteilbibliotheken – begrüßte sie ausdrücklich. Hinzukommen müssten mehr Dolmetscher*innen oder Info-Screens in den Sozialbürgerhäusern.

Dem stimmte auch StRin Alexandra Gaßmann (CSU/Freie Wähler) zu – bemängelte allerdings, dass es nicht in allen Sozialbürgerhäusern WLAN gäbe. Positiv wertete sie die Beteiligung der Jobcenter. Dazu könnten freie Träger kommen. Nachholbedarf sah sie in der Schulung und Qualifizierung des Personals an den Info-Points. Diese Stelle sei zentral für die Willkommenskultur. Kritisch merkte sie zu dem an, dass es nicht einsichtig sei, wenn es Hilfen für das Ausfüllen von Formularen geben soll. Hier wäre eher zu fragen, ob die Formulare nicht in Leichter Sprache und allgemeinverständlich konzipiert werden können. Sie fragte zudem nach, wofür 48.000 Euro beim Tag der offenen Tür ausgegeben wurden.

Kerstin Günter (Behindertenbeirat) ergänzte, dass man die Sozialbürgerhäuser und deren Angebote erkennen können müsse, sie müssten gut erreichbar und barrierefrei nutzbar sein. Dazu wäre es sinnvoll, eine persönliche Begleitung im Haus zur Verfügung zu stellen.

Ulrich Gläß (Münchner Trichter) fügte an, dass auch Zugänge für Jugendliche und junge Erwachsene in den Fokus genommen werden müssen. Bei allen Verfahren handelt es sich um z.T. komplexe und für Laien nicht verständliche Verwaltungsverfahren. Deshalb sollte zusätzlich ein Unterstützungskonzept im Sinne einer notwendigen Prozessbegleitung für junge Menschen mitgedacht werden. Dabei verwies er auf den Beschluss „München gegen Armut“. Dort wurde ein System von „Coaches für Prozessbegleitung“ als dreijähriges Pilotprojekt beschlossen. Die Ergebnisse müssten inzwischen vorliegen und könnten in die weitere Planung einbezogen werden – auch im Sinne von Barrierefreiheit, Zugänglichkeit und Transparenz. Die „Coaches“ sind bei Trägern der Jugendhilfe angesiedelt und unterstützen junge Menschen in diversen Problemlagen über längere Zeiträume. Auch sollte sichergestellt werden, dass Ansprüche junger Menschen unabhängig von deren Eltern beurteilt werden.

Dr. Manuela Sauer (Paritätischer/Federführung) bestätigte, dass es sich bei den Maßnahmen um ein wichtiges Anliegen handle, bei dem die Freie Wohlfahrtspflege gern dabei ist und unterstützt.

StR Thomas Lechner (Die Linke/Die Partei) erkundigte sich danach, warum für dieses Vorhaben Mittel aus dem Bereich „Armutsbericht“ verwendet würden.

Dorothee Schiwy (Sozialreferentin) dankte den Mitarbeiter*innen ihres Referats für die geleistete Arbeit. Die Vorlage sei ein erster Schritt zum Umbau und zur Neuausrichtung der Sozialverwaltung. Die Sozialbürgerhäuser sollen zu Orten der Begegnung werden, in denen auch andere Partner*innen ihren Platz finden, um tatsächlich möglichst viele Sozialleistungen aus einer Hand und an einem Ort bieten zu können. Man werde dabei auch junge Menschen im Blick haben und auf die Freie Wohlfahrt zugehen, wie es Herr Gläß ausgeführt hatte. Sie erklärte, dass der Stadtrat 250.000 Euro aus dem Budget des Armutsberichts genehmigt hatte. Für einen Tag der offenen Tür wurden daraus u.a. die Kosten in Höhe von 48.000 Euro für Catering und ein Rahmenprogramm beglichen. Bei der Frage der Dolmetscher*innen geht es um organisatorische Dinge. Mitunter würden Sprachen nachgefragt, für die man nicht ständig Dolmetscher*innen bereithalten könne. Deshalb komme es dann zu Verzögerungen.

Zur Frage der Dolmetscher*innen wies StR Andreas Babor (CSU/Freie Wähler) darauf hin, dass dabei Anwendungen der Künstlichen Intelligenz hilfreich sein können.

Abstimmung zu Punkt 3 der Vorlage: KJHA: mehrheitlich angenommen, Sozialausschuss: mehrheitlich angenommen

Abstimmung zu Punkt 9 der Vorlage: KJHA: mehrheitlich angenommen, Sozialausschuss: mehrheitlich angenommen

Gesamtantrag: KJHA und Sozialausschuss: einstimmig angenommen

Sitzung Kinder- und Jugendhilfeausschuss

TOP 1 – TRÄGERAUSWAHL FÜR JUGENDSOZIALARBEIT an Schulen (JaS)/Schulsozialarbeit (SchSA) an drei Grundschulen im Stadtbezirk 21 und 22; und TOP 2 – FAMILIENZENTRUM LICHTBLICK HASENBERGL Bedarf an zusätzlichen Räumen in der Stöserstraße 4,

ohne Aufruf einstimmig angenommen

Zusammengestellt von Marko Junghänel

12. KJR-HALLENFUSSBALLCUP

Am 16. März 2024 findet der 12. KJR-Hallenfußballcup statt, bei dem Mädchen*-, Jungen*- und gemischte Teams im Alter von acht bis 14 Jahren gegeneinander antreten. Das Turnier wird in den Spielklassen U11 (Jahrgänge 2013 und jünger) und U14 (Jahrgänge 2010 und jünger) ausgetragen. Die Veranstaltung findet in der Kinder- und Jugendfreizeitstätte LOK Freimann und in der benachbarten Turnhalle der Willy-Brandt-Gesamtschule statt. Der Check-In beginnt um 10:00 Uhr in der LOK Freimann. Für Verpflegung während des Turniers ist gesorgt. Die Siegerehrung findet gegen 18:00 Uhr statt. Anmeldungen sind bis zum 12. März möglich, die Anmeldegebühr beträgt 10 Euro pro Team. Weitere Informationen gibt es [hier](#).

KIKS FEIERT 18. GEBURTSTAG

Der Kinder-Kultur-Sommer wird volljährig und feiert in diesem Jahr seine 18. Ausgabe. Von 17. bis 20. Juni 2024 ist zunächst KiKS unterwegs. Vier Tage pralles kinderkulturelles Leben quer über die ganze Stadt verteilt. Einen Tag später, am 21. Juni startet das KiKS-Festival auf der Theresienhöhe. Noch einmal drei Tage vollgepackt mit Tanz und Akrobatik, Musik und Theater, Neugier auf Neues und unzähligen Angeboten von Kindern für Kinder. Das Besondere an KiKS ist, dass alle willkommen sind und ihr Ding machen können. Deshalb: Meldet eure Projekte zu KiKS unterwegs und/oder zum KiKS-Festival an. Besonderes Augenmerk legen die Veranstalter in diesem Jahr auf die Verbindung von Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) mit kultureller Bildung ... Bis zum 1. März können [Programmangebote über die Website des Kinder-Kultur-Sommer 2024 registriert werden](#).

AUSSTELLUNG ZUKUNFTSFÄHIGE QUARTIERE

Von 19. Januar bis 6. März gibt es die Ausstellung „Zukunftsfähige Quartiere – nebenan, mit-tendrin, daheim“, die täglich in der Rathausgalerie am Marienplatz zu besichtigen ist. Sie beschäftigt sich mit dem Thema Quartier als Schlüssel für eine nachhaltige Stadtentwicklung und zeigt planerische Lösungen und konkrete Beispiele für eine nachhaltige, gerechte und lebenswerte Stadt. Führungen durch diese Ausstellung finden an folgenden Terminen jeweils von

17:00 bis 18:00 Uhr statt: 16. Februar, 23. Februar, 1. März. Weitere Informationen und Anmeldung [hier](#).

18. MÜNCHNER BÜCHERSCHAU JUNIOR

Die Münchner Bücherschau junior präsentiert neun Tage lang eine große Buch- und Medienausstellung mit rund 5.000 Kinder- und Jugendbüchern, Hörbüchern und Elternratgebern von über 80 Verlagen. Im Fat Cat können Kinder von 02. bis 10. März zwischen 9:00 und 18:00 Uhr gemütlich in die Welt der Bücher eintauchen: Geschichten lesen und schreiben, vorlesen und zuhören, interessante Dinge entdecken und Bücher gestalten. Es gibt auch eine neue Rallye, bei der die Buchausstellung der Münchner Bücherschau junior über die App Actionbound digital erkundet werden kann. Weitere Infos [hier](#).

FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNG DURCH DAS DEUTSCHE KINDERHILFSWERK

Die Themenfonds „Kinderpolitik“, „Kinderkultur“, „Medienkompetenz“ und „Spielraum“ unterstützen Projekte mit bis zu 10.000 Euro. Ziel ist die Förderung von Kinderrechten und die Verbesserung der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen. Anträge können von verschiedenen Organisationen für noch nicht begonnene Projekte eingereicht werden. Diese fördern das politische und demokratische Engagement von Kindern und Jugendlichen, ihre Mitbestimmung in Jugendeinrichtungen, Schule und Stadtteil, den Zugang zu Medien sowie kreative Auseinandersetzung mit relevanten Themen. Zudem sollen bewegungsfördernde Spiel- und Begegnungsorte geschaffen oder gesichert werden. Die Antragstellung für Themenfonds des Deutschen Kinderhilfswerkes ist bis 31. März 2024 möglich. Weitere Informationen gibt es [hier](#).

KINDERFOTOPREIS 2024: „(M)EIN WOHLFÜHLORT“

Am Kinderfotopreis können alle Kinder zwischen 3 und 12 Jahren in Oberbayern – allein oder als Gruppe – teilnehmen. Sie sollen dabei angeregt werden, ihre Umwelt zu erkunden und sich mit dem Medium Fotografie auseinanderzusetzen. Die Medienfachberatung im Bezirksjugendring Oberbayern und das Medienzentrum München des JFF als Veranstalter des Kinderfotopreises bieten technische sowie inhaltliche Hilfe an. Der Einsendeschluss ist der 15. Mai 2024. Weitere Infos gibt es [hier](#).

WETTBEWERB ZUR MÜNCHNER STADTENTWICKLUNG

Auch in diesem Schuljahr können sich Schüler*innen am Wettbewerb des Referats für Bildung und Sport und des Referats für Stadtplanung und Bauordnung zur Stadtentwicklung München beteiligen. Aber auch ganze Schulklassen, Arbeitsgruppen oder einzelne Kinder und

Jugendlichen können ihre Vorschläge einreichen. Möglich sind beispielsweise schriftliche Hausarbeiten mit Text und Bild, ein dreidimensionales Modell oder multimedial als Film oder Hörstück. Die Beiträge sind mit dem jeweiligen Anmeldeformular per Post oder Mail einzusenden an die Landeshauptstadt München. Weitere Informationen sowie das Anmeldeformular gibt es [hier](#).

VERANSTALTUNGSTIPPS

Was: **Exzessive Mediennutzung bei Kindern und Jugendlichen „Surfguide“**
Wer: Aktion Jugendschutz Bayern
Wann: 20.02.2024 und 21.02.2024, 09:00 – 17:00 Uhr
Wo: Schloss Fürstenried, Forst-Kasten-Allee 103
Kosten: kostenlos
Anmeldung: [hier](#)

Was: **Gefahr im Internet: Wie Loverboys online vorgehen**
Wer: jadwiga Fachberatungsstelle
Wann: 04.03.2024, 17:00 – 18:30 Uhr
Wo: online via Zoom
Kosten: kostenlos
Anmeldung: per Mail an diana.sachon@jadwiga-online.de

Was: **BNE-Basics**
Wer: Ökoprojekt MobilSpiel e.V.
Wann: 06.03.2024, 16:00 – 20:00 Uhr
Wo: Münchner Zukunftssalon, Goethestraße 28
Kosten: 15 Euro
Anmeldung: [hier](#)

Was: **Wie erreichen wir Jugendliche in schwierigen Lebenslagen mit Gesundheitsthemen?**
Wer: LZG Bayern
Wann: 11.03.2024, 10:00 – 15:45 Uhr
Wo: Kolpinghaus, Adolf-Kolping-Straße 1
Kosten: kostenlos
Anmeldung: [hier](#) bis zum 23.02.2024

Was: **Emotionen, Resilienz und Bildung für nachhaltige Entwicklung – Was kann junge Menschen im Wandel stärken? - 53. BNE Netzwerk-Treffen**
Wer: Ökoprojekt MobilSpiel e.V.
Wann: 14.03.2024, 17:00 – 20:00 Uhr

Wo: Münchner Zukunftssalon, Goethestraße 28
Kosten: kostenlos
Anmeldung: bis zum 11.03.2024, unter uekoprojekt@mobilspiel.de mit dem Stichwort „Netzwerk-Treffen“ + Name und ggf. Institution

Was: **Was macht Rassismus mit Kindern? – Vielfaltskompetenz und Rassismus in der Pädagogik**

Wer: Verband binationaler Familien und Partnerschaften

Wann: 18.03.2024, 9:00 – 16:00 Uhr

Wo: online

Kosten: kostenlos, Spende erwünscht

Anmeldung: bis 11.03.2024, per Mail an: muenchen@verband-binationaler.de

Was: **Spielen, Wetten, Zocken – Gaming und Gambling**

Wer: Aktion Jugendschutz Bayern

Wann: 19.03.2024, 10:00 – 17:00 Uhr

Wo: Seminarraum der Aktion Jugendschutz Bayern,
Dom-Pedro-Str. 17; 2. Stock

Kosten: kostenlos

Anmeldung: [hier](#)

Was: **Die Loverboy-Methode**

Wer: jadwiga Fachberatungsstelle

Wann: 28.03.2024, 14:30 – 16:30 Uhr und 15.05.2024, 16:00 – 18:00 Uhr

Wo: online via Zoom

Kosten: kostenlos

Anmeldung: per Mail an diana.sachon@jadwiga-online.de

Was: **Spielsachen aus Holz mit Kindern selber bauen**

Wer: Spiellandschaft Stadt e.V.

Wann: 13.04., 14:00 – 17.30 Uhr

Wo: ALEX, Franz-Heubl-Str. 45

Anmeldung: fortbildung@spiellandschaft.de

Was: **Wie wir Jugendliche vor der Loverboy-Methode schützen können**

Wer: jadwiga Fachberatungsstelle

Wann: 16.04.2024, 14:30 – 16:00 Uhr

Wo: online via Zoom

Kosten: kostenlos

Anmeldung: per Mail an diana.sachon@jadwiga-online.de

DIE NÄCHSTE AUSGABE ERSCHEINT AM 12.03.2024

Bericht vom KJHA vom 05.03.2024

IMPRESSUM UND DATENSCHUTZ

Das Redaktionsteam

Angelika Baumgart-Jena, Leitung Öffentlichkeitsarbeit KJR München-Stadt; Ulrike Steinforth, Planungsbeauftragte des Münchner Trichters; Chris Dünstl, Fachforum Freizeitstätten, Anne Rathjens, Grundsatzreferentin KJR München-Stadt, Marko Junghänel

Verantwortlich für die Inhalte

Angelika Baumgart-Jena, Öffentlichkeitsarbeit, KJR München-Stadt

Herausgeber: Kreisjugendring München-Stadt, Paul-Heyse-Str. 22, 80336 München. Der KJR München-Stadt übernimmt keine Verantwortung für die Richtigkeit der Angaben oder für die Inhalte der verlinkten Seiten. Auf den Inhalt verlinkter Seiten haben wir keinen Einfluss.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Datenschutz

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich in unserem Verteiler angemeldet haben (DSGVO Art 6, Abs. 1.). Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten wollen, schicken Sie bitte eine E-Mail mit dem Betreff **Abmelden** an die Versandadresse zurück.